

Arge-Chef verteidigt Ein-Euro-Jobs

Arbeitsmarkt Rolf Koch weist Rechnungshof-Kritik als unbegründet zurück – Zuverdienstmöglichkeit motiviere Arbeitslose

Von unserem Redakteur

Albrecht Kahl

M Kreis MYK. Er ist „richtig zornig“ und spricht von einer „völlig undifferenzierten Debatte“. Rolf Koch, Geschäftsführer der Arge MYK, die Hartz-IV-Empfänger und Ein-Euro-Jobber betreut, geht die aktuelle Diskussion über die Ein-Euro-Jobs mächtig gegen den Strich. Wie berichtet, hatte der Bundesrechnungshof kritisiert, dass sich die Chancen für Ein-Euro-Jobber, den Sprung in den regulären Arbeitsmarkt zu schaffen, kaum erhöhen. Außerdem, so die Kritik, würden Kommunen mithilfe von Ein-Euro-Jobbern viele Arbeiten erledigen, die sonst als Aufträge an Handwerker und andere Firmen vergeben würden.

„Das ist falsch. Die Realität sieht zumindest bei uns im Landkreis anders aus“, sagt Koch und führt eine Reihe von Argumenten an, die seines Erachtens in der jetzigen Diskussion zu kurz kommen. Koch spricht von maßgeschneiderten Angeboten, die die Arge MYK ihren Kunden macht. „Bei uns gibt es neun Fallgruppen, für die wir Arbeitsgelegenheiten anbieten“, so Koch. Da ist zum Beispiel der 45-jährige Aussiedler, der vorher einen „grünen Beruf“ ausgeübt hat und jetzt nicht nur auf Vermittlung der Arge einen Sprachkurs besucht, sondern nach etwas Anleitung als Ein-Euro-Jobber schon fast selbstständig im Wald arbeiten kann. Da ist der Akademiker, für den ein Angebot in Form einer Bürotätigkeit unterbreitet wird.

Individuelle Angebote

Koch: „Gerade für Qualifizierte erleichtert der Ein-Euro-Job den Wiedereinstieg in den Beruf.“ Da ist aber auch der psychisch Kranke, der intensiv betreut werden muss und gegebenenfalls nicht 40 Stunden in der Woche arbeiten kann. Jeder Fall müsse einzeln betrachtet werden. „Man kann doch die Ein-Euro-Jobber nicht alle über einen Kamm scheren“, sagt Koch. Eine Arbeitsgelegenheit als Ein-Euro-Jobber sei ein hervorragendes Instrument, Menschen individuell zu helfen, „dort, wo wir den Eindruck haben, dass dies sinnvoll ist“. Daher werde auch immer eine Eingliederungsvereinbarung geschlossen, und die Beschäftigungsgesellschaften wie die Komm-Aktiv (Mayen) und Perspektive (Andernach/VG Weißenthurm/VG Pellenz) erhielten von der Arge klare Aufträge, wie sie mit den Ein-Euro-Jobbern zu verfahren haben. Koch verweist darauf, dass die gemeinnützige Arbeit durch die Komm-Aktiv und die Perspektive im Landkreis eine lange Tradition hat. „Wir haben hier auch keinen Ärger mit der Handwerkskammer oder der Industrie- und Handelskammer, weil wir strikt darauf achten, dass Ein-Euro-Jobber nur gemäß den gesetzlichen Vorgaben tätig werden.“

Will heißen: Um den Ein-Euro-Jobber einsetzen zu können, muss ein öffentliches Interesse vorhanden sein an der Arbeit. Und es muss sich um eine zusätzliche Tätigkeit handeln. Der Jobber darf also nicht einen kommunalen Angestellten ersetzen. „Jeder unserer Teamleiter prüft, ob diese Bedingungen erfüllt sind. Zudem muss der Personalrat der betroffenen Kommune seine Zustimmung erteilen.“

Im Landkreis werden die Ein-Euro-Jobber beispielsweise eingesetzt bei der Pflege der Permakultur in Andernach-Eich und öffentlicher Grünanlagen, bei der Betreuung alter und behinderter Menschen und in Museen.

Keine Konkurrenz zu Handwerk

Eben weil man genau darauf achte, dass man dem Handwerk keine Konkurrenz mache, gibt es laut Koch „eine hohe Akzeptanz für unsere Ein-Euro-Jobs“. Umso unverständlicher ist für ihn die Pauschalkritik, die jetzt geübt wird. „Sollen wir die Leute denn nicht betreuen und ihnen keine Arbeitsgelegenheit geben?“, echauffiert er sich. Die Kritik werde der Arbeit, die in den Argen geleistet werde, einfach nicht gerecht. Koch abschließend: „Uns geht es darum unsere Kunden wieder in eine geregeltes Arbeitsverhältnis zu bringen. Wir wollen auch deren Motivation erproben. Dafür können die Ein-Euro-Jobs ein geeignetes Instrument sein.“